das rote blatt
für den besseren Durchblick

1/2012 Frühjahr 2012

zeitung der dkp - der deutschen kommunistischen partei - darmstadt/dieburg/bergstrasse

Rettungsschirm für Beschäftigte erstreiken!

In der Tarifrunde 2012 haben die KollegInnen die Gelegenheit, endlich einen sinnvollen Rettungsschirm durchzusetzen.

Rettungsschirme, Schuldenbremsen, den Gürtel enger schnallen – dies sind die Themen, die angesichts der Krise die öffentliche Diskussion bestimmen. Sparen wird als alternativlos dargestellt. Scheinbar keine guten Voraussetzungen für hohe Tarifforderungen.
Was in deutschen Medien nicht zur Sprache kommt ist die Tatsache, dass die Betroffenen in den kommenden Wochen selbst etwas gegen die Krise und ihre Folgen unternehmen können.

ist dies ein ak- tiver Schritt aus der Krise!

Tarifrunden in mehreren Branchen.
Anfang 2012 stehen Lohnrunden für die Beschäftigten verschiedener Tarifbereiche und die Besoldungsrunden der Bundesbeamten an. In Südhessen gilt dies beispielsweise für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie, der Deutschen Post AG, der Deutschen Telekom AG und mehrerer ihrer Tochterunternehmen. Wenn es den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften gelingt, hohe Entgeltsteigerungen durchzusetzen, dann

Mit Lohnzuwachs die Krise bremsen.
Jeder Cent, der in den Taschen der Beschäftigten landet, stärkt die Nachfrage, schafft Arbeitsplätze und steht nicht für riskante Spekulationsgeschäfte, für Übernahmeschlachten von Hedge-Fonds (i.d.R. bei anschließender Zerschlagung der übernommenen Unternehmen) oder Wetten gegen verschuldete Staaten zur Verfügung.

[>Seite 2]

Bildungsstreik

„Rettet die Bildung, nicht die Banken und Konzerne“. Mit Losungen wie dieser protestierten über 30.000 SchülerInnen, Auszubildende und Studierende in über 40 Städten für bessere Bildung.

Die bundesweite Bildungsstreikbewegung hatte für den 17. November 2011 zum Aktionstag gerufen. Über 30.000 SchülerInnen, Auszubildende und Studierende beteiligten sich an den Aktionen. In Darmstadt demonstrierten etwa 1000 Jugendliche durch die Innenstadt. Aufgerufen hatte das „Komitee für Solidarität und freie Bildung“. Im Anschluss wurde das Justus-Liebig-Haus besetzt. Etwa 2.000 Jugendliche zogen durch Frankfurt, um für ein demokratisches, frei zugängliches und ausreichend öffentlich finanziertes Bildungssystem zu demonstrieren.

[>Seite 4]

Inhalt

Aktuelles

Rettungsschirm für Beschäftigte	1
Bildungsstreik	1
Schwarz-güner Haushalt	1
Landschaftsverbrauch	3
Rettungsschirm an Rettungsschirm an Rettungsschirm ... i no pasaran !	5
Nazis in Dresden blockieren!	8

Rubriken

Die Glosse	7
Impressum	8
Termine/Vorankündigungen	8

Sparen alternativlos?

Schwarz-grüner Haushalt

Nach den Kommunalwahlen im Frühjahr kam es in Darmstadt zur Bildung einer Koalition aus CDU und Grünen. Der neue Stadtkämmerer Schellenberg (CDU) sprach im „Echo“ von einer „verheerenden Haushaltslage, die der Vorgängermagistrat zurückgelassen habe“.
Als ersten Schritt hat die schwarz-grüne Koalition den Höchstbetrag der städtischen Kassenkredite angehoben und angekündigt, dass dieser Betrag in Zukunft weiter steigen wird.

Kurzer Blick zurück
Bei der Beurteilung der städtischen Haushaltslage lohnt ein Blick zurück.
Dass die Grünen-Fraktion erst im April 2011 über die desolate Haushaltslage informiert wurde glaubt außerhalb der grünen Partei niemand. Sie waren über Jahre Koalitionspartner der SPD, besetzten hauptamtliche Dezernentenposten und waren daher im Magistrat in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse eingebunden.

[>Seite 2]

Rettungsschirm für Beschäftigte erstreiken

[Fortsetzung von Seite 1]

Jetzt Lohnzurückhaltung bekämpfen.
Natürlich werden die Arbeitgeber auch in dieser Auseinandersetzung wieder mit der angespannten Situation auf Grund der Wirtschafts- und Finanzkrise argumentieren. Während allerdings die Gewinne der Unternehmer fast wieder Vorkrisenniveau erreicht haben, kämpfen Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner mit steigenden Lebenshaltungskosten. Zusammengefasst rechtfertigen bereits gestiegene Lebenshaltungskosten und die Steigerung der Produktivität eine Lohnerhöhung von 6 %. Berücksichtigt man, dass der verteilungsneutrale Spielraum in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft wurde, was in den letzten 10 Jahren zu einem durchschnittlichen Reallohnverlust von wenigstens 7% führte, und angesichts der gigantischen Unternehmensgewinne der letzten Jahrzehnte sind deutlich höhere Lohnforderungen angebracht!

Mehr Lohn alleine reicht nicht!
Außer hohen Lohnforderungen gehören aber auch Themen, wie die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, die unbefristete Übernahme der Auszubildenden oder die Abschaffung der Leih- und Zeitarbeit dringend auf die tarifpolitische Agenda. Die IG-Metall ist bei den letzten beiden Punkten bereits aktiv geworden. Es ist höchste Zeit, dass auch die anderen DGB-Gewerkschaften – allen voran ver.di – diesem Beispiel folgen.
Die Beschäftigten der betroffenen Unternehmen sind aufgefordert, sich an den Arbeitskämpfen aktiv zu beteiligen und sich in ihren Gewerkschaften dafür einzusetzen, dass Arbeitszeitverkürzung, Übernahme der Auszubildenden und das Zurückdrängen der Leih- und Zeitarbeit schnell und offensiv angegangen werden.

Solidarität zeigen!
Diejenigen, die nicht aktiv in Tarifauseinandersetzungen stehen, ob Jugendliche, RentnerInnen, Arbeitslose oder Beschäftigte anderer Branchen, sollten schon aus eigenem Interesse nicht nur Verständnis für die Streikenden aufbringen, sondern sich mit diesen aktiv solidarisieren. Schließlich hat eine positive Lohnentwicklung direkten Einfluss auf die Höhe der Renten und stärkt die Sozialkassen durch steigende Einnahmen.

Als DKP appellieren wir deshalb an diese Menschen: Unterstützt die Streikenden in den Lohnrunden 2012!

[bernd]

Wirtschaftliche Rahmendaten

Die durchschnittliche Inflationsrate lag im Oktober 2011 bei 2,3%. Kraftstoffe kosteten 12,3% mehr, Haushaltsenergie wie etwa Heizöl oder Gas war 9,8% teurer. Ohne Energie stiegen die Verbraucherpreise der Statistik zufolge im Schnitt nur um 1,5%.
Auch die Preise für Lebensmittel trieben die Inflation an: Sie kosteten im Schnitt 2,1% mehr als im Juli 2010.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Gegenläufig dazu haben sich die Preise für Unterhaltungselektronik entwickelt. Diese lagen unter den Preisen des Vorjahres. Ärgerlich nur, dass sich mit MP3-Playern und Computern so schwer heizen lässt.

Neben den Lebenshaltungskosten ist auch die Arbeitsproduktivität im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.
Sie lag im 1. Quartal 2011 um 3,5% höher als im 1. Vierteljahr 2010.
(Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR 2011)

Schwarz-grüner Haushalt

[Fortsetzung von Seite 1]

In Vergangenheit wurde gerade von rotgrün eine mehr als fragwürdige Haushaltspolitik betrieben – Höhepunkt war der Bau eines überdimensionierten Wissenschafts- und Kongresszentrums, das noch über Jahre ein millionenfaches Zuschussobjekt sein wird. Auch die ausgeglichenen Haushalte der Vergangenheit waren oftmals geschönt. So wurde die Buckelpiste Marienplatz gleich mehrmals verkauft und so als Einnahme im Haushalt verbucht, um einen ausgeglichenen Haushalts herzustellen.

Spaß am Sparen.
OB Partsch und schwarz-grüne Koalitionäre.

Aber auch für die städtischen Haushaltsprobleme gilt: Sie sind nur zum Teil hausgemacht. Die Finanzkrise, die häufig als „Ursache“ für die problematische Haushaltslage herhalten muss, hat die Lage der Städte und Kommunen sicherlich noch verschärft. Ohne diverse Steuerreformen auf Bundes- und Landesebene in den vergangenen Jahren hätte Darmstadt heute über 200 Millionen Euro mehr auf der Einnahmeseite zu verbuchen. Die Realität sieht anders aus: Im Jahr 2011 macht die Stadt 102 Millionen Euro neue Schulden, der angehäufte Gesamtschuldenstand wird mit 721,5 Millionen Euro beziffert.

Zahlen sollen die Mieter
Die neuen schwarz-grünen Koalitionäre suchen ihr Heil in einer sozial unausgewogenen Sparpolitik. "Sparen, jetzt erst recht, ist das Motto", erklärte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Hildegard Förster-Heldmann.
Das Stadtparlament hat nun im Dezember mit den Stimmen von CDU und Grünen den Haushalt für das Jahr 2012 beschlossen. Einnahmen von 397 Millionen Euro

[>Seite 3]

Schwarz-grüner Haushalt

[Fortsetzung von Seite 2]

stehen nächstes Jahr Ausgaben von 476 Millionen gegenüber. Ziel der Koalitionäre ist es bis 2016 ein Einsparvolumen von 42 Millionen Euro zu erzielen. So wird die Grundsteuer B erhöht, Parkgebühren auf Freiflächen erhoben und bei Vereinen kräftig gekürzt.. Man will bis dahin auch wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.
Gerade die Erhöhung der Grundsteuer B wird vor allem die Mieterinnen und Mieter treffen. Eine Anhebung der Gewerbesteuer lehnt die neue Stadtregierung aber ab. Der grüne Oberbürgermeister Partsch hält dies für kontraproduktiv. Zwar sei die Darmstädter Gewerbesteuer im Vergleich zu anderen Großstädten niedrig, aber stehe auch in Konkurrenz zu Weiterstadt und Pfungstadt. Für einige Firmen sei der Hebesatz ein klarer Standortvorteil. Besser kann man den ruinösen Wettbewerb der Kommunen untereinander nicht beschreiben.

Die Sparkommissare vom „Echo“
Unterstützung erhält die Koalition von der örtlichen Presse. So schreibt der „Echo“-Redakteur Görg am 18.11.2011 in einem Kommentar zu den „Sparbemühungen“: „Der aktuelle Sparplan weist den Weg. Er benennt konkrete Schritte, auch wenn es im Sozialbereich eine Rechnung mit Unbekannten ist. Doch fast die Hälfte der 15 Millionen Euro soll in der Verwaltung zusammenkommen. Ämter werden zusammengelegt, Personal eingespart, Aufgaben wie Beratungsangebote und ab 2015 die der Stadtgärtnerei nach außen vergeben. Das zeigt: Der Wille ist da. Das allein genügt aber nicht. Bislang sind es nur Ankündigungen. Die grün-schwarze Stadtregierung muss nun zeigen, dass sie dies auch durchsetzen kann. Auch gegen Widerstände. Das erwarten die Darmstädter, die sie mit Mehrheit gewählt haben, von ihr. Zu Recht. Setzen Grüne und CDU ihren Plan um, ist das der Anfang für eine Konsolidierung des maroden Haushalts. Dabei gilt der Satz von Bürgermeister Reißer: `Das Sparen wird wehtun.´"

Banken profitieren
Hier wird der Kern des Problems klar, in selten deutlicher und ungeschminkter Weise. Sparen wird als etwas Unvermeidliches, gar Gottgegebenes, dargestellt. Alle müssen den Gürtel enger schnallen und wir werden auch um Schmerzen nicht herum kommen. Jeder der dieser Logik nicht folgen will stellt sich außerhalb der Gemeinschaft. Widerstand wird nicht geduldet.
Den Herrschenden in diesem Lande kommt die angespannte Haushaltslage der Städte und Kommunen gerade recht. So kann man die Krisenlasten bequem auf Erwerbslose, abhängig Beschäftigte, Rentner und Jugendliche abwälzen.
Dass vor allem die Banken von der Ebbe in den öffentlichen Kassen profitieren, ist nicht neu. Darmstadt bezahlt jährlich zwischen 30 und 35 Millionen Euro Zinsen. Die Kommunen müssen sich bei den selben Banken immer mehr verschulden, die mit dem Geld aus dem Bundeshaushalt vor dem Zusammenbruch gerettet wurden. Geld, das jetzt den Städten vorenthalten wird.
Richtig wäre also eine Entschuldung der Kommunen auf Kosten der Banken und Konzerne.
Einen Weg, den die schwarz-grünen Koalitionäre in Darmstadt sicher nicht einschlagen werden.

[rainer]

Kassenkredite und Demokratie

Kassenkredite waren ursprünglich als kurzfristige Überbrückung von Liquiditätsengpässen vorgesehen. Sie sind vergleichbar mit dem privaten Dispositionskredit. In vielen Kommunen - nicht nur in Darmstadt - finanzieren Kassenkredite mittlerweile die Haushalte auf Dauer, sie haben sich zu einer Art Schattenhaushalt entwickelt.

Belief sich die Höhe der Kassenkredite in Darmstadt im Jahr 2002 noch auf 100 Millionen Euro sind es aktuell 450 Millionen Euro. In Perspektive soll dieser Betrag sich noch auf 480 Millionen Euro erhöhen.
Vorteil für die Regierungskoalitionäre: Ohne eine Beschlussfassung im Parlament im Rahmen eines Nachtragshaushaltes und ohne Rechenschaft kann über Beträge verfügt werden, die höher sind als die im regulären Haushaltsplan geplanten Einnahmen. Das nennt man wohl Demokratie light.

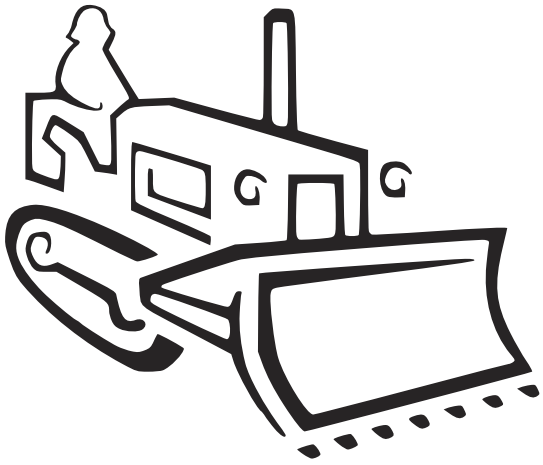
Landschaftsverbrauch

Da freut sich die Bauindustrie: Die Westumgehung, ein weiteres sinnloses Straßenbauprojekt.

In Deutschland beträgt auch in diesem Jahr die tägliche Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen so um die 80 Hektar. Da sind Abbauflächen wie Kiesgruben und Tagebaue nicht einmal mitgerechnet. In den 90er Jahren war das sogar noch viel mehr.

Bonbon für Investoren.
Wir in Darmstadt sollen bald mal wieder zu dieser Statistik beitragen mit der so genannten „Westranderschließung“. Vorgeblich um die Telekom-Stadt zu erschließen, eigentlich aber um die südlich anschließenden Flächen von Nathan Hale Depot und Kelley-Kaserne für Investoren aufzuhübschen. Dumm ist, dass dafür Wald fallen soll, und der ist billig zu haben, denn die Natur stellt keine Rechnung (zumindest nicht sofort). Die geplante Straße soll Teil einer „Westumgehung“ werden, die schon im Generalverkehrsplan 1968 enthalten war.

Kein Vorteil für Verkehr.
Zwar wird von Verteidigern des Projekts Stein und Bein geschworen, das sei nicht so und das Projekt sei auch vertraglich zugesichert, aber dazu gibt es viele Fragezeichen. Viele Bäume sollen fallen für ein Vorhaben, wovon nicht einmal Stadt-Durchraser etwas hätten. Auch die Aroma-Experten der Firma Döhler an der Riedstraße sind nicht darauf angewiesen.



[>Seite 6]

Bildungsstreik

[Fortsetzung von Seite 1]

Mehr Geld für Bildung!

Mindestens eine Forderung eint alle Protestierenden: Es muss mehr Geld in das Bildungssystem investiert werden. Denn während Schulgebäude verfallen, immer mehr Ausbildungsplätze fehlen und Studierende keinen bezahlbaren Wohnraum finden, sind für Deutsche Bank, Siemens und Co. Milliarden da, wird die Bundeswehr weiter auf- und umgerüstet und werden deutsche Kriegseinsätze ausgeweitet. Durch die sogenannten Rettungsschirme werden den Banken und Konzerne weitere Milliarden geschenkt.

Irgendwo müssen die finanziellen Mittel herkommen, mit denen Großkonzernen ihre Profite garantiert werden. Mit der Schuldenbremse als Vorwand hat die hessische Landesregierung bereits Kürzungen von über 80 Millionen € im Bildungsbereich beschlossen. Deshalb fordert die SDAJ Hessen „Geld für Bildung, statt für Banken und Konzerne!“.

Demokratische Mitbestimmung statt Repression!

In Darmstadt drohten Schulleitungen schon im Vorfeld der Proteste mit dem Eintrag von Fehlstunden für diejenigen, die sich am Bildungsstreik beteiligen – ein beliebtes Mittel um SchülerInnen von der politischen Betätigung abzuhalten. Bei vergangenen Protesten blieb es oft nicht bei Drohungen: Fehlstunden wurden eingetragen, Verweise erteilt, SchülerInnen eingesperrt, als die Demo vor der Schule vorbeizog.

Auszubildenden droht bei Teilnahme am Protest die Abmahnung. Wenn die arbeitende und lernende Jugend sich ernsthaft für ihre Interessen einsetzt, wird sie dabei massiv bekämpft. Die Mittel dafür reichen von Drohbriefen bis zum Polizeieinsatz.

Die Bildungsstreikbewegung lässt sich davon nicht abhalten. Immer mehr SchülerInnenvertretungen beteiligen sich und ermöglichen, die Teilnahme am Protest zu entschuldigen. Gleichzeitig wird deutlich: Statt Repressionen ist mehr Mitbestimmung nötig. Die Rechte der Interessenvertretungen müssen gestärkt werden. SchülerInnenvertretungen müssen ein allgemeinpolitisches Mandat bekommen.

Wie weiter?

Der bundesweite Aktionstag ist vorbei, die Probleme bleiben: Weiter wird gespart und gekürzt, weiterhin fehlen Ausbildungsplätze und sind Hörsäle völlig überfüllt – weiter wird massiv sozial selektiert. Die Herren aus Politik und Wirtschaft werden das nicht freiwillig ändern, dafür müssen die Protestaktionen weitergehen. Einzelne bundesweite Aktionstage allein reichen dafür allerdings nicht aus, sie können aber Startschuss für weitere, langfristige Arbeit an der Schule, im Betrieb oder an der Hochschule sein. Es gilt, die Interessenvertretung vor Ort zu stärken, ob in der SV, in der JAV oder im Asta. Nur anhaltende Kämpfe an lokalen Schwerpunkten führen zu Erfolgen, die unsere Lebensbedingungen spürbar verbessern. Und nur diese Kämpfe bilden die Grundlage für weitere bundesweite Protesttage, ein Weiterleben der Bildungsstreikbewegung und damit für einen erfolgreichen Kampf für ein anderes Bildungssystem!

Besetztes Justus-Liebig-Haus in Darmstadt am 17. November 2011

Wir fordern:

- **Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne!**
- **Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem – Eine Schule für alle!**
- **Übernahme nach der Ausbildung**
- **Eine gesetzliche Umlagefinanzierung – Wer nicht ausbildet muss zahlen**
- **Kleinere Klassen und Kurse mit max. 20 SchülerInnen – mehr LehrerInnen!**
- **Weg mit dem Turbo-Abitur (G8)**
- **Kostenlose Mahlzeiten und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs an allen und für alle Schulen, KiTas und Hochschulen**

[*heide]

Rettungsschirm an Rettungsschirm an Rettungsschirm ...

Kapital und Kabinett verkaufen uns das ständige Aufstocken weiterer Rettungsschirme als den alternativlosen Weg aus der Krise - tatsächlich wird die Krise verschärft, um der herrschenden Klasse in Deutschland Extraprofite zu sichern.

Propaganda der Herrschenden

Eurokrise, Bankenrettung, Schuldenschnitt. Ob öffentlich-rechtliche oder private Medien, ob Zeitungen, Funk und Fernsehen oder das Internet, die Themen gleichen sich, als kämen sie aus einer Redaktion. Die Rede ist vom x-ten Rettungsschirm, vom so-und-so-vielten Durchbruch bei den Verhandlungen der europäischen Regierungschefs und von den Verhältnissen, über die Griechen, Spanier, Portugiesen, Italiener und Iren gelebt haben.

Die Propaganda der Herrschenden und ihrer Medien bedient sich reaktionärster Vorurteile: faule Griechen, die Ouzo trinkend in der Sonne sitzen, korrupte Italiener und Spanier auf der einen Seite, auf der anderen fleißige und strebsame Deutsche, die immer bereit sind, den Gürtel enger zu schnallen, wenn es darauf ankommt.

Krisengewinner ...

Ursache der Krise: Fall der Profitrate

Die tatsächlichen Ursachen der Krise liegen im kapitalistischen System selbst. Als gegen Ende der 60er Jahre die Profitraten nicht mehr den Erwartungen des Kapitals entsprachen, erfolgte nach und nach eine globale strategische Umorientierung. Die herrschenden Klassen der verschiedenen kapitalistischen Länder entwickelten eine Strategie der „Expansion nach innen". Bereiche der staatlichen Wohlfahrt, wie Renten- und Sozialversicherung, oder der Daseinsvorsorge (Elektrizität, Telekommunikation, Öffentlicher Verkehr, Wasser, Bildung) wurden privatisiert und so der kapitalistischen Verwertung zugänglich gemacht. Begleitet wurden die Privatisierungen von massivem Stellenabbau. Die in der Folge gestiegenen Kosten der sozialen Sicherungssysteme dienten als Argument für Leistungskürzungen.

Mit Hartz-IV zum Exportweltmeister

Massenarbeitslosigkeit und Absenken des Lohnniveaus in den ehemals staatlichen Unternehmen verstärkten den Einbruch der Binnennachfrage, auf den die herrschende Klasse in der Bundesrepublik mit der Orientierung auf den Export – vor allem in die USA und die Länder der Europäischen Union - reagierte. Unterstützt wurde die Exportorientierung durch Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme, vor allem die Hartz-Gesetze zur Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung und die damit einhergehende Erpressung von Beschäftigten und Gewerkschaften bei den folgenden Tarifrunden. Das abgesenkte Lohnniveau war der Hebel, mit dem das deutsche Kapital in einer gemeinsamen europäischen Währungs- und Wirtschaftszone die anderen europäischen Volkswirtschaften unter Druck setzen konnte. Deutsche Produkte waren in Europa und den USA konkurrenzlos billig. Gemeinsame Währung und europäischer Binnenmarkt verhinderten, dass die betroffenen Länder mit Zöllen oder einer Abwertung der eigenen Währung auf den Generalangriff der deutschen Wirtschaft reagieren konnten.

Arbeitsplatzvernichtung und Lohndumping in der Bundesrepublik schufen allerdings nicht nur die Voraussetzung für einen gigantischen Exportüberschuss (zeitweise mehr als 140 Mrd. Euro jährlich), die billigen Erzeugnisse verdrängten in den Zielländern der Exporte gleichzeitig die heimischen Produkte und führten dort zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Zur Stützung der Konjunktur waren die betroffenen Staaten gezwungen, im staatlichen Sektor zu investieren. Investitionen, die auf Grund des gesunkenen Steueraufkommens kreditfinanziert erfolgten. In den USA wurde die schwache Konjunktur vor allem über die Konsumenten ausgeglichen, die wegen des niedrigen Lohnniveaus gezwungen waren, Hypothekenkredite aufzunehmen.

Finanzblase beschert Extraprofite

Dem deutschen Kapital bescherte diese Situation zusätzliche, hoch profitable Anlagemöglichkeiten. Die Renditeerwartungen der Banken und Versicherungen überstiegen bei Weitem die in den anderen Wirtschaftsbereichen. Unter anderem über die Deutsche Bank und die Commerzbank wurde deutsches Kapital zu entsprechenden Zinssätzen in us-amerikanische Hypothekenkredite und europäische Staatsanleihen gepumpt. Mit der Versicherung dieser Kredite (Credit Default Swaps) ließen sich über sogenannte „innovative Finanzprodukte" zusätzliche Profite realisieren.

Dieses System lief so lange problemlos, bis die Immobilienpreise nachgaben. Als die Hypothekenkredite in der Folge platzten, stellten sich die Ausfallversicherungen als ungedeckt heraus. Nahezu alle Banken hatten mehr oder weniger große Bestände dieser „faulen" Papiere in ihren Bilanzen. Innerhalb weniger Stunden verloren auch größte Kreditinstitute ihre Liquidität.

[>Seite 6]

Rettungsschirm an Rettungsschirm an . . .

[Fortsetzung von Seite 5]

... Krisenverlierer

Wer zahlt?

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise entstand der Begriff von der „System relevanten Bank“. Würden die Banken pleite gehen, dann hätte dies katastrophale Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftssystem, so die vorherrschende Meinung in den europäischen Regierungszentralen und den angeschlossenen Propagandamedien. Nachdem über Jahrzehnte die Parole „Privat geht vor Staat“ den Ausverkauf des Sozialstaates begleitet hatte, war plötzlich das Gemeinwesen als Retter der havarierten Finanzbranche gefordert.

Ohne größere demokratische Beteiligung wurden Milliarden schwere Rettungspakete gezimmert, die gewährleisten sollten, dass die europäische Geldelite nicht auf ihren faulen Geldanlagen sitzen bleiben würde. Zahlen sollen diese Rettungspakete die europäischen Beschäftigten über weitere Einschnitte bei den Sozial- und Bildungsausgaben, weitere Privatisierungen und noch mehr Zurückhaltung bei den Lohnforderungen.

Krise verschärft sich.

Den durch den deutschen Exportfeldzug schon stark wirtschaftlich geschwächten europäischen Staaten wurde mit der Rettung der Banken ein weiterer Schlag versetzt. Die Staatsverschuldung von Griechenland, Spanien, Portugal und Italien explodierte. Selbst der Krisengewinner Bundesrepublik Deutschland steht mit aktuell 2,027 Billionen Euro so tief in der Kreise, wie zu keinem anderen Zeitpunkt. Ein Zurückzahlen dieser gigantischen Schulden ist unmöglich. Interessant ist dabei, dass das private Kapital als Geldgeber ein zweites Mal von der Bankenrettung profitiert. Zuerst bei der Bankenrettung über die Sicherung der privaten Einlagen, jetzt über exorbitante Zinsen beim Finanzieren der in Folge der Bankenrettung verschuldeten Staaten.

Wege aus der Krise.

Die Krise des Kapitalismus wird sich weder auf europäischer, noch auf globaler (G8/G20) Ebene lösen lassen. Selbst wenn ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln der wichtigsten Staaten einen Ausweg böte, die kapitalistische Konkurrenz herrschenden Klassen verhindert dieses Zusammenwirken. Aber es existiert auch kein Kapitalismusmodell, das eine Lösung der Widersprüche verspricht. Der Keynesianismus mit Wechselkursen, hoher Staatsquote und einer antizyklischen Konjunkturpolitik hatte bereits im letzten Jahrhundert als Lösungsansatz versagt. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Kapitalfraktionen in dieser Situation auf Krieg und Repression zur Lösung der Krise in ihrem Sinne setzen. Zu einer Lösung der Krise in unserem Interesse wird dies auf keinen Fall führen.

Wichtig wird sein, dass sich die Menschen in den von der Krise betroffenen Ländern aktiv und offensiv gegen die Krisenfolgen und -verursacher zur Wehr setzen. Der Kampf gegen Sozialabbau, um Bildung, Gesundheit, höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung und gegen das Abwälzen der Krisenkosten auf die Beschäftigten – aber auch gegen autoritäre Herrschaftsmodelle – ist in jedem betroffenen Land zu organisieren. Die Gewerkschaften stehen hier in einer besonderen Verantwortung – vor allem in der Frage der Organisation der Kämpfe vor Ort.

[bernd]

Landschaftsverbrauch

[Fortsetzung von Seite 3]

Schließlich sind auch die amerikanischen Soldaten nicht zu Fuß gegangen, sondern haben Chevvies und Trucks benutzt.

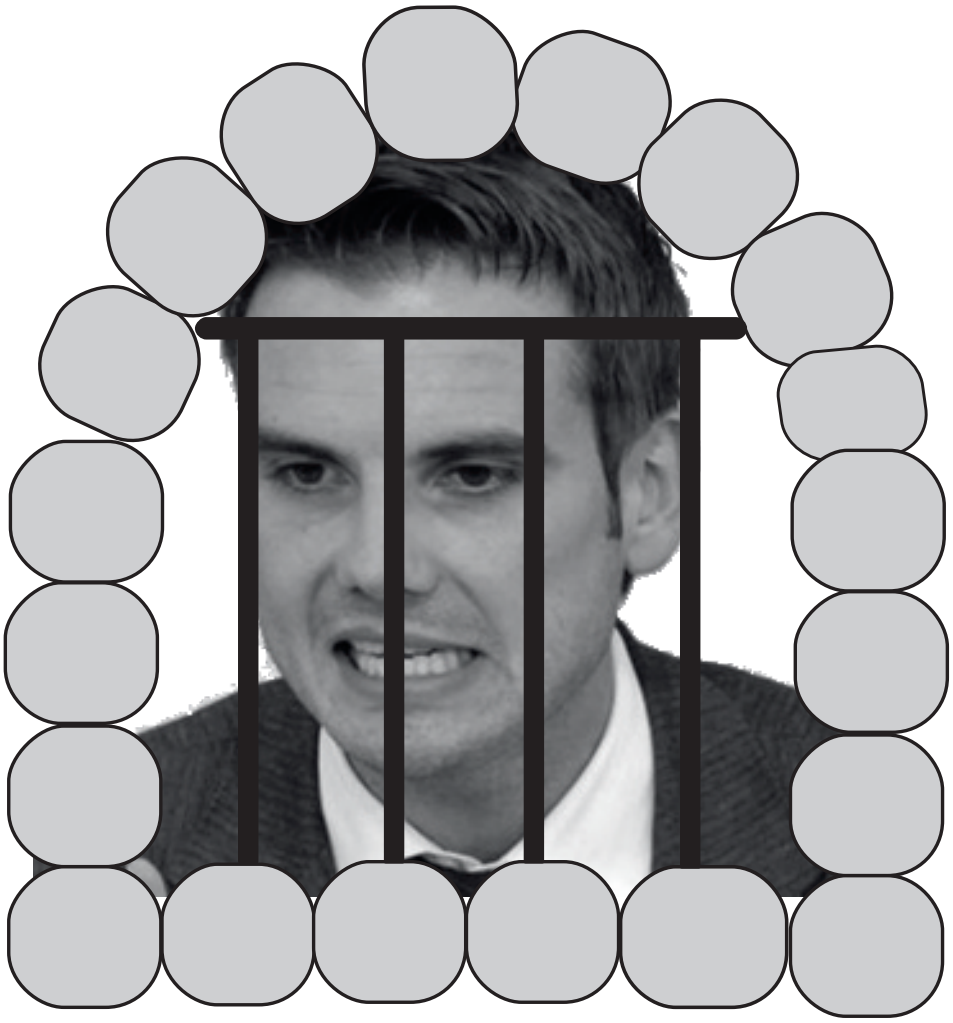
Andererseits ist das bedrohte Waldstück Naherholungszone nicht nur sonntags, nicht nur für Hundeliebhaber, sondern täglich für viele Jogger. Ein Schießplatz aus Kaisers Zeiten dient Mountain Bikern als Teststrecke. Und vor allem dient der Wald dazu, den Autobahnlärm abzuschirmen, als Kühlkammer für das Stadtklima und der Grundwasser-Neubildung ohne Düngereintrag. Denn in Fließrichtung des Grundwassers liegen die Brunnen des Darmstädter Wasserwerks. Diese Gründe sind wichtiger als eine Minute gesparte Fahrzeit.

Die Klima-Experten haben jüngst den globalen Anstieg des CO2-Eintrags beklagt. Globales Handeln fängt in lokalem Maßstab an.

Daher wird sich die LINKE Fraktion für eine Ausweisung des Westwaldes als Bannwald einsetzen, gegen den geplanten Straßenbau.

[werner]

Leif is Leif ...



Der liberale Porsche-Fahrer Leif B. aus Darmstadt hat es gerade schwer.
Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt gegen den hessischen FDP-Landtagsabgeordneten wegen des Verdachts der Teilnahme an einer möglichen Steuerhinterziehung. Leifs Kanzlei warb offensiv damit, dass man Mandanten bei der "Vermeidung einer ungehinderten Besteuerung in Deutschland" helfen könne; gerne auch mittels einer "Wohnsitzverlagerung ins Ausland".
Zur Einstimmung auf einen derartigen Steuer reduzierenden Wohnsitzwechsel wurden die Räume in der Kanzlei dann auch nach entsprechenden Zielen benannt. Wer in einem Zimmer „Monaco“, „Liechtenstein“ oder „Bahamas“ beraten wird, dem fällt es leichter, auf der Flucht vor den unbarmherzigen Steuerbehörden die heimischen Gefilde hinter sich zu lassen.

Dabei ist der Leif eigentlich die Fleisch gewordene Inkarnation von Recht und Gesetz. Im letzten Jahr besuchte eine Gruppe Erwerbslose als Römer verkleidet die FDP-Geschäftsstelle. Im Sitzungszimmer wurden die mitgebrachten Leckereien vertilgt und so gegen die unsäglichen Äußerungen des damaligen FDP-Vorsitzenden Westerwelle protestiert. Das fand der Leif gar nicht lustig und zerrte die erwerbslosen Römer vor den Kadi - "aus grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen", wie er vor Gericht sagte. Jetzt muss er da schon wieder hin, allerdings in einer etwas anderen Rolle.

Nach gewöhnlich gut unterrichteten Quellen sollen die Kanzleiräume jetzt von „Monaco“, „Liechtenstein“ und „Bahamas“ in „Butzbach“, „Weiterstadt“ und „Eberstadt“ umbenannt werden. Eine Bestätigung dieser Information steht allerdings noch aus.

Leif is Leif.

[rainer]

Die Glosse

www.DRESDEN-NAZIFREI.com

¡ no pasaran !

¡NO PASARAN! - Sie kommen nicht durch!
Mit dem Ruf der Kämpfer des spanischen Bürgerkriges gegen die faschistischen Putschisten werden auch in diesem Februar wieder tausende AntifaschistInnen und DemokratInnen den Nazibanden in Dresden Widerstand leisten.
Dem Geschwätz der Herrschenden von der notwendigen Civilcourage zum Trotz werden sie auch dieses Jahr wieder mit massiven Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuchen konfrontiert werden.
Wir werden auch diesen Naziaufmarsch stoppen!
Abfahrtszeiten der Busse, Termine und Möglichkeiten, sich anzumelden gibt es hier: **www.asta-tud.de/dresden**

In Vorbereitung auf die Antifa-Demo in Dresden hat die SDAJ Darmstadt/Odenwald den Kommunisten, Widerstandskämpfer und Veteran der Résistance ***Hans Heisel*** zu einer Veranstaltung am 9. Februar um 19.00 Uhr in die Oetinger Villa eingeladen. Interessierte sind herzlich eingeladen!

[bernd]

Termine 2012

Mitgliederversammlungen der DKP Darmstadt
Die DKP trifft sich um 19.3o Uhr im LinksTreff Georg Fröba in der Landgraf-Philipps-Anlage 32, 64283 Darmstadt.
Die Treffen sind öffentlich. Gäste sind gerne gesehen.
Die aktuellen Themen werden der Internet-Seite der DKP (http://www.dkp-darmstadt.de) bekannt gegeben.

30. Januar	**30. Juli**
13. Februar	**20. August**
26. März	**17. September**
23. April	**22. Oktober**
21. Mai	**26. November**
25. Juni	**10. Dezember**

Roter Bildungsurlaub
Im Jahr 2012 haben wir wieder einen Roten Bildungsurlaub geplant. Vom 7. - 10. Juni (Fron Leichnam) wollen wir in die Otto Huber Hütte am Ammersee fahren.
Interessierte können sich gerne frühzeitig über unsere eMail (s. Impressum) melden.
Das Programm wird auf unserer Internet-Seite veröffentlicht.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung "Unsere Zeit" für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo (bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name _____ Vorname _____
Telefon _____ Geburtsjahr _____
Straße _____
PLZ / Ort _____

UZ

Che würde UZ lesen !

CommPress Verlag GmbH * Hoffnungstraße 1 * 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 * www.unsere-zeit.de

Impressum

DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße
LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407
Fax: +49 6151 788406
eMail: info@dkp-darmstadt.de
URL: http://www.dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:
107 562 62 bei der SEB Bank Offenbach (BLZ: 505 101 11)